

Sozialrecht für Flüchtlinge in Berlin

www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Fobi_1018.pdf
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader_1018.pdf

Gefördert durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union



Europäische Union

© Georg Classen 10/2018
georg.classen@gmx.net
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Themen

1. Aufenthaltsdokumente und Ablauf Asylverfahren in Berlin
2. AsylbLG: Taschengeld, Regelleistungen, Krankenhilfe
3. EU-Richtlinie Asylaufnahme: Recht auf Information und Beratung, Rechte besonders Schutzbedürftiger
4. Sammelunterkünfte: EAEs und GUs
5. Wohnungen für Flüchtlinge
6. Wechsel Leistungsberechtigung AsylbLG > SGB II/XII, Zuständigkeitsstreits, Kürzung in GUs mit Vollverpflegung
7. Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete
8. Kita, Schule, Hort
9. Antragstellung, Rechtsdurchsetzung, Behördenbegleitung
10. Literatur und Materialien

Asylgesuch und Registrierung beim Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten LAF Berlin

- **Asylgesuch:** Beim LAF im Hangar 2 des Flughafens Tempelhof, Columbiadamm 10, Weiterleitung an LAF Bundesallee 171 (LAF ist **Landesaufnahmeeinrichtung**) www.berlin.de/laf/ueber-uns/standorte/artikel.631142.php#tempelhof
- **Einziehung Pass**, Dokumente, Bargeld > 200 €/Person, ED-Behandlung, ggf Durchsuchung
- **EASY-Verteilung** Berlin, oder Fahrkarte in anderes Bundesland
- Zuweisung Bundesland, **Ausstellung Ankunftsnachweis**, Termin BAMF, ED-Behandlung, Impfen, Röntgen
- **Erste Leistung nach AsylbLG** von ZAA des LAF: Nachweis und Kostenübernahme **Unterkunft**, Taschengeld, Erstausrüstung Kleidung, elektronische Gesundheitskarte, Welcome-Ticket BVG für 3 Mte, dann Berlinpass
- **Förmlicher Asylantrag BAMF** beim Bundesallee 171 > Ausstellung **Aufenthaltsgestattung, Anhörung** zu Fluchtweg und Asylgründen, evtl. vorgezogene **Dublin-Anhörung**, ggf. zur Identitätsklärung Auswertung der **Datenträger** des Geflüchteten durch das BAMF (Handy, Tablet, Laptop, Stick ...)
- **Laufende Leistungen nach AsylbLG** von Zentrale Leistungsstelle für Asylbewerber ZLA des LAF Darwinstr. 15

Asylgesuch bei Landesaufnahmestelle – LAF Berlin Ankunftsnachweis für das Asylverfahren - § 63a AsylG – neues Format

The image displays two versions of the 'Ankunftsnachweis' (Arrival Certificate) for asylum seekers in Germany, issued by the Landesaufnahmestelle (LAF) Berlin. Both documents are marked with a large 'MUSTER' (sample) watermark.

The top document is green and features the German coat of arms and the text 'BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND' and 'ANKUNFTSNACHWEIS'. It includes fields for personal data and a section for the applicant's declaration.

The bottom document is purple and also features the German coat of arms and the text 'ANKUNFTSNACHWEIS'. It includes a section for the applicant's declaration and a section for the official's declaration.

förmlicher Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Außenstelle Berlin - BAMF - Aufenthaltsgestattung für das Asylverfahren



Flüchtlingsschutz anerkannt: Wartebescheinigung Ausländerbehörde Berlin (Fiktionsbescheinigung auf Berlinskopfbogen)

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Sachz. (bei Antwort bitte angeben)
IV G - 000922000491
(Mustermax-EDS, 10.03.1966)

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Beauftragung:
Dienstgebäude Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin
Zimmer:
Etage:
Telefon: (030) 90269 -
Fax: (030) 9026 -
Vermittlung: (030) 90269 -0
Intern: (S265)
E-Mail: @laba.berlin.de
Internet: http://www.berlin.de/lab049ah
Datum: 15.11.2016

BESCHEINIGUNG

Herrn Max-EDS Mustermax-EDS, geb. 03.03.1966, wird hiemit bescheinigt, dass mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 01.11.2016 subsidiärer Schutz zuerkannt wurde.

Diese Bescheinigung gilt als Bestätigung des erlaubten Aufenthaltes im Bundesgebiet im Sinne des § 25 Abs. 1 S. 3 AufenthG und ist in Verbindung mit der Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung vom 01.09.2016 gültig.

Die Erwerbstätigkeit ist gestattet, Wohnsitznahme im Land Berlin ist erforderlich. Wiedereinreisen in die Bundesrepublik Deutschland sind mit dieser Bescheinigung nicht möglich.

Diese Bescheinigung ist gültig bis 15.02.2018.

Unabhängig von der Gültigkeit dieser Bescheinigung sprechen Sie bitte trotzdem am um Uhr bei meiner Behörde vor. Am Tag der Voreinsprache nehmen Sie bitte im Wartezimmer A 5.2 (Haus B, EG) Platz, bis Ihre Wartenummer auf der Anzeigtabelle erscheint. Sollten die notwendigen Dokumente zu einem früheren Zeitpunkt vorliegen, erhalten Sie ggf. eine Vorladung zu einem früheren Termin.

Im Auftrag



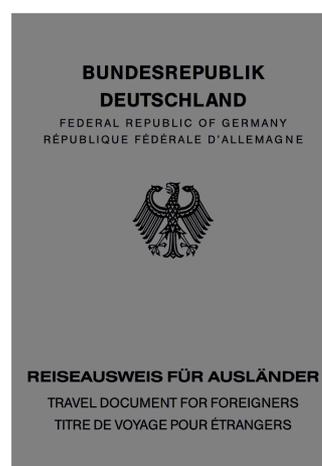
Zusatzblatt zum elektronischen Aufenthaltstitel eAT

Der Aufenthaltstitel gilt nur in Verbindung der drei Dokumente:
Pass/Reiseausweis oder Ausweisersatz, eAT, Zusatzblatt.



Flüchtlingspass nach GFK (blau) / Reiseausweis für Ausländer (grau)

Asylberechtigte oder Flüchtlingsschutz: Anspruch auf Flüchtlingspass
Subsidiärer Schutz oder Abschiebungsverbot: Reiseausweis für Ausländer, wenn
Passbeschaffung unzumutbar, sonst Ausweisersatz



Ausweisersatz zum eAT



Solange keine Abschiebung erfolgt, ist eine Duldung aus tatsächlichen Gründen zu erteilen, ggf auch aus persönlichen oder humanitären Gründen oder aus öff. Interesse



Grenzübertrittsbescheinigung mit Hinweis AsylbLG Kürzung (GÜB I)

Anlage 3 - Vollziehbar, Ausreisepflichtige mit Anspruch nach § 1a Abs. 3 AsylbLG

Landesamt für Berlin-Logo
 Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
 Ausländerbehörde Telefon (030) 90269 -
 Geschäftszeichen Telefax (030) 9028 - Datum 21.10.2015

Grenzübertrittsbescheinigung
 (zur Vorlage bei der Passkontrolle anlässlich der Ausreise)

Herr Test (LABO-OM: 007072700549)

Name dt. Recht : Testtest
 geboren am : 20.08.1956
 in : Testland
 Familienstand : ledig
 Staatsangehörigkeit : Test
 zuletzt gemeldet in : unbekannt 000
 00000 unbekannt



ist zum Verlassen der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Die **Abschiebungsandrohung/-anordnung ist seit dem vollziehbar.**
 Sofern der Ausreisepflichtige wiederum nicht nachgekommen wird, ist die erneute Vorsprache bis zum 30.10.2015 erforderlich.
Belehrung für Herrn Test: Ich mache darauf aufmerksam, dass die vorstehende Bescheinigung keine Ausreisefristverlängerung darstellt. Das bedeutet, dass Sie bei Vorliegen der Abschiebungsvoraussetzungen jederzeit - auch vor dem o.g. Vorsprachetermin - abgeschoben werden können. Im Falle unterlassener Ausreise kann gem. § 82 Abs. 4 S. 1 AufenthG Ihr persönliches Erscheinen bei der Ausländerbehörde angeordnet werden. Leisten Sie dieser Anordnung ohne hinreichenden Grund keine Folge, kann die Vorführung zwangsweise erfolgen. § 50 Abs. 6 AufenthG bleibt unberührt. **Ihr Aufenthalt ist räumlich beschränkt auf das Land Berlin.**

Folgende Unterlagen sind mitzubringen:
 - Flugticket

Im Auftrag



Bundespolizeiamt _____ den

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
 Abteilung IV - Ausländerbehörde - IV G 2
 Friedrich-Krause-Ufer 24
 13353 Berlin

Telefon:

zurückgesandt. Der oben genannte Ausländer hat die Bundesrepublik
 Deutschland am _____ verlassen.

Im Auftrag



Grenzübertrittsbescheinigung ohne Hinweis AsylbLG Kürzung (GÜB II)

Landesamt für Berlin-Logo
 Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
 Ausländerbehörde Telefon (030) 90269 -
 Geschäftszeichen Telefax (030) 9028 - Datum 21.10.2015

Grenzübertrittsbescheinigung
 (zur Vorlage bei der Passkontrolle anlässlich der Ausreise)

Herr Test (LABO-OM: 007072700549)

Name dt. Recht : Testtest
 geboren am : 20.08.1956
 in : Testland
 Familienstand : ledig
 Staatsangehörigkeit : Test
 zuletzt gemeldet in : unbekannt 000
 00000 unbekannt



ist zum Verlassen der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet.
 Sofern der Ausreisepflichtige wiederum nicht nachgekommen wird, ist die erneute Vorsprache bis zum 30.10.2015 erforderlich.

Belehrung für Herrn Test: Ich mache darauf aufmerksam, dass die vorstehende Bescheinigung keine Ausreisefristverlängerung darstellt. Das bedeutet, dass Sie bei Vorliegen der Abschiebungsvoraussetzungen jederzeit - auch vor dem o.g. Vorsprachetermin - abgeschoben werden können. Im Falle unterlassener Ausreise kann gem. § 82 Abs. 4 S. 1 AufenthG Ihr persönliches Erscheinen bei der Ausländerbehörde angeordnet werden. Leisten Sie dieser Anordnung ohne hinreichenden Grund keine Folge, kann die Vorführung zwangsweise erfolgen. § 50 Abs. 6 AufenthG bleibt unberührt. **Ihr Aufenthalt ist räumlich beschränkt auf das Land Berlin.**

Folgende Unterlagen sind mitzubringen:
 - Flugticket

Im Auftrag



Bundespolizeiamt _____ den

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
 Abteilung IV - Ausländerbehörde - IV G 2
 Friedrich-Krause-Ufer 24
 13353 Berlin

Telefon:

zurückgesandt. Der oben genannte Ausländer hat die Bundesrepublik
 Deutschland am _____ verlassen.

Im Auftrag



Ablauf des Asylverfahrens *

- Termin förmlicher **Asylantrag** beim **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF** > **Ausstellung Aufenthaltsgestattung**
- ggf. Einleitung **Dublin-Verfahren**, ggf. Anhörung dazu
- **Asylanhörng**
- Solange Asylverfahren bei BAMF oder Gericht läuft, wird die „Aufenthaltsgestattung“ idR alle 3 bis 6 Mte bei **Ausländerbehörde (ABH)** verlängert, Vorsprache hierzu ohne Termin
- Änderungen Auflage Aufenthaltsgestattung (**Erlaubnis Wohnen, Arbeit** usw.) bei **ABH**, Vorsprache hierzu ohne Termin
- Zustellung **Bescheid BAMF**: Asylanerkennung oder Ablehnung; Einladung zur Vorsprache bei ABH zwecks Erteilung Aufenthaltserlaubnis oder Duldung
- Gegen Ablehnung: Klage und Eilantrag **Verwaltungsgericht**, **Achtung Klagefrist je nach Ablehnungsgrund nur 1 oder 2 Wochen ab Zustellung Bescheid BAMF (siehe Rechtsmittelbelehrung!)**
Ggf Klage + Wiederherstellung aufschiebender Schutz beantragen!

§ 10 AsylG - Pflicht zur Anschriftenmitteilung an das BAMF!

Wichtig bei Umverteilung /Umzug in Wohnung etc.: Asylsuchende müssen dem **BAMF** stets **von sich aus aktuelle Wohnanschrift** mit BAMF-Aktenzeichen mitteilen. BAMF führt keine Anschriftenermittlung durch! **Anmeldung Einwohneramt reicht nicht!**

Wichtig: Auch Anwalt und Gericht unverzüglich über Adressänderung informieren, Anwalt auch über neue Mobiltelefonnummer informieren!

§ 10 Abs. 7 AsylG: BAMF muss Belehrung über Mitteilungspflicht Adresse dokumentieren. § 54 AsylG: bei Zuweisung in Kommune > ABH der Kommune muss neue Anschrift an BAMF melden. Unklar ob Geltung auch in Berlin.

> Im Zweifel **Wiedereinsetzung in vorigen Stand** und **Akteneinsicht Asylakte** beantragen!

10 AsylG - Zustellungsvorschriften

- (1) **Der Ausländer** hat während der Dauer des Asylverfahrens vorzusorgen, dass ihn Mitteilungen des BAMF, der zuständigen ABH und der angerufenen Gerichte stets erreichen können; insbesondere hat er jeden Wechsel seiner Anschrift den genannten Stellen unverzüglich anzuzeigen.
- (2) **Der Ausländer** muss Zustellungen und formlose Mitteilungen unter der letzten Anschrift, die der jeweiligen Stelle ... bekannt ist, gegen sich gelten lassen, wenn er für das Verfahren weder einen Bevollmächtigten bestellt noch einen Empfangsberechtigten benannt hat oder diesen nicht zugestellt werden kann. **Kann die Sendung dem Ausländer nicht zugestellt werden, so gilt die Zustellung mit der Aufgabe zur Post als bewirkt, selbst wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.**
- (7) Der Ausländer ist bei der Antragstellung **schriftlich und gegen Empfangsbestätigung** auf diese Zustellungsvorschriften hinzuweisen.

Kontakte BAMF Außenstellen - Berlin

Kontakte Postanschrift, Email, Telefon, Fax BAMF Außenstellen bundesweit:
<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufbau/Standorte/AußenRegionalstellen/aussen-regionalstellen-node.html>

Bitte stets **Aktenzeichen** angeben und an die **Adresse** Badensche Str 23 schicken, nicht an BAMF Nürnberg, nicht an Ankunftszentrum Bundesallee:

BAMF Berlin

Badensche Str. 23, 10715 Berlin

Telefon: 030 684081-47500, Fax: 030 684081-47115

BER-Posteingang@bamf.bund.de; service@bamf.bund.de

Beschwerden

ggf an den Leiter der Außenstelle Berlin

Wolfgang Meier

Badensche Straße 23, 10715 Berlin

Telefon (Sekretariat): 0911 943 27 501

E-Mail: wolfgang.meier@bamf.bund.de

Verfahren bei EURODAC Treffer *

- **Übernahmeersuchen an anderen EU-Mitgliedsstaat** binnen 2 Monaten, sonst BRD zuständig
- Wenn anderer EU-Mitgliedsstaat nicht binnen 2 Wochen antwortet, ist er **automatisch zuständig!**
- **Überstellung** muss **binnen 6 Monaten** ab Zustimmung/Fristablauf erfolgen, danach BRD zuständig. Verlängerung der Frist auf 18 Monate bei „Untertauchen“
- Unabhängig von Zuständigkeit nach Dublin-VO besteht ein **Selbsteintrittsrecht** des prüfenden Mitgliedsstaates
- Wenn im Mitgliedsstaat aufgrund **systemischer Schwachstellen** Gefahr der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung, ist prüfender Mitgliedsstaat zuständig
- In BRD Überstellung nach **Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Italien u.a. zum Teil** auf Grund Rspr. ausgesetzt, insbesondere bei besonderer Schutzbedürftigkeit

Die Ausländerbehörde - LABO Berlin

Zuständigkeiten:

- Verlängerung **Aufenthaltsgestattung**
- Erteilung **Arbeitserlaubnis** an Asylbewerber und Geduldete
- Anträge auf **länderübergreifende Umverteilung** von Asylbewerbern > zuständig: ABH des gewünschten Zuzugsbundeslandes!
- Erteilung und Verlängerung **Aufenthaltserlaubnis** für anerkannte Flüchtlinge, ggf. Antrag auf Streichung einer **Wohnsitzauflage** für das Land Berlin
- Erteilung und Verlängerung **Duldung** für abgelehnte Flüchtlinge, Beantragung von Abschiebungshaft, Durchführung von **Abschiebungen**
- Antrag auf **Familiennachzug**, Erteilung Aufenthaltserlaubnis für nachgezogene Familienangehörige
- Registrierung und ED-Behandlung „**illegal Eingereister**“ die keinen Asylantrag stellen > bundesweite Umverteilung nach § 15a AufenthG

Für Beschwerden: Engelhard Mazanke, Leiter der Ausländerbehörde, LABO Berlin, Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin, Telefon 030 90269 4003, Fax 030 90269 4099, E-Mail: mazanke@labo.berlin.de

Grundrecht auf menschenwürdige Existenzsicherung

Asylaufnahmeeinrichtung/Sozialamt/Jobcenter: Leistungen nach **AsylbLG/SGB II/XII:**

- **Unterkunft:** Kosten für und Zuweisung eines konkret freien Platzes, ggf Sachleistungsversorgung, **nach max 6 Mtn Mietübernahme** für Wohnung möglich (*dazu extra Folien*)
- **Taschengeld** (soziokulturelles Existenzminimum), nach max 6 Mtn **Regelsatz** zur **Selbstversorgung** (*dazu extra Folien*)
- **Kleidung** Erstausrüstung Gutschein
- **Krankenscheine** Arzt und Zahnarzt bzw. **GKV-Karte** (*dazu extra Folie*)
- **Bildungs- und Teilhabepaket** (BuT) zum Schulbesuch
- ggf kommunaler **Sozialpass** für ÖPNV u.a.
- **Besonders Schutzbedürftige zusätzlich:** **passende Unterkunft** und ggf. erforderliche **Zusatzleistungen** für Familien mit Kindern, chronischer Krankheit, Behinderung, Schwangerschaft, alleinreisende oder alleinerz. Frauen, LSBTI, UMF, Traumatisierte, Pflegebedürftigkeit, alte Menschen (> EU-Asylaufnahmerichtlinie, > § 6 AsylbLG, > Eingliederungshilfe SGB XII, > Jugendhilfe SGB VIII)

BVerfG 18. Juli 2012 zum AsylbLG: Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG garantiert ein **Grundrecht** auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Art. 1 Abs. 1 GG begründet diesen Anspruch als Menschenrecht.

Er umfasst sowohl die **physische Existenz** des Menschen als auch die Sicherung der Möglichkeit zur **Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben**.

Das Grundrecht steht **deutschen und ausländischen** Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu. (Leitsatz 2)

Art 1 Abs 1 iVm Art 20 Abs 1 GG verlangt, dass **das Existenzminimum in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt** sein muss. (Rn 120)

Die in Art 1 Abs 1 GG garantierte **Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren**. (Rn 121)

Existenzsicherung AsylbLG - SGB II - SGB XII: Personenkreise

AsylbLG: Asylbewerber, Duldung, vollziehbar Ausreisepflichtige

SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende

anerkannte Flüchtlinge, wenn **erwerbsfähig**, ab Flüchtlings-
anerkennung BAMF

SGB XII 4. Kap. - Grundsicherung bei Erwerbsminderung + im Alter

anerkannte Flüchtlinge, wenn ab 18 Jahren und **erwerbsunfähig**
oder im **Rentenalter**, ab Flüchtlings-
anerkennung BAMF

SGB XII 3. Kapitel - Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, für Ausländer

bei tatsächlichem Aufenthalt, wenn weder Anspruch nach AsylbLG, noch SGB II, noch SGB XII 4. Kapitel, § 23 Abs. 1 SGB XII.
Einschränkung auf unabweisbaren Hilfeumfang bei missbräuchlicher
Einreiseabsicht.

§ 1 AsylbLG - Leistungsberechtigte

(1) Leistungsberechtigt ...sind Ausländer, die ...

1. eine Aufenthaltsgestattung ...besitzen,

1a. ein Asylgesuch geäußert haben und die nicht die in den Nummern 1 bis 5 und 7 genannten Voraussetzungen erfüllen. (geplante Änderung)

3. eine Aufenthaltserlaubnis besitzen

a. wg des Krieges im Heimatland nach § 23 Abs 1 oder § 24 AufenthG,

b. nach § 25 Abs 4 S 1 AufenthG oder

c. nach § 25 Abs 5 AufenthG, sofern die Entscheidung über die Aussetzung ihrer Abschiebung noch nicht 18 Monate zurückliegt,

4. eine Duldung nach § 60 a des AufenthG besitzen,

5. vollziehbar ausreisepflichtig sind ...

(3) Die Leistungsberechtigung endet mit der Ausreise oder mit Ablauf des Monats, in dem

1. die Leistungsvoraussetzung entfällt oder

2. das BAMF den Ausländer als Asylberechtigten oder Flüchtling nach den § § 2 und 3 des Asylgesetzes anerkannt oder ein Gericht das Bundesamt zur Anerkennung verpflichtet hat, auch wenn die Entscheidung noch nicht unanfechtbar ist.

§ 7 und § 8 SGB II - Leistungsberechtigte

§ 7 Abs. 1

Leistungen nach SGB II erhalten Personen, die

1. das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a noch nicht erreicht haben,

2. **erwerbsfähig** sind,

3. hilfebedürftig sind und

4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschland haben

(**erwerbsfähige Leistungsberechtigte**).

Ausgenommen sind

1. **Ausländer**, die weder in Deutschland Arbeitnehmer oder Selbständige ... sind, und ihre Familienangehörigen **für die ersten 3 Monate** ihres Aufenthalts,

2. Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt...

3. Leistungsberechtigte **nach § 1 AsylbLG**.

Satz 2 Nr. 1 gilt nicht für Ausländer, die sich mit Aufenthaltstitel nach Kap. 2 Abschnitt 5 AufenthG in Deutschland aufhalten (= **anerkannte Flüchtlinge!**)

§ 8 Abs. 1

Erwerbsfähig ist, **wer nicht** wegen Krankheit oder Behinderung **auf absehbare Zeit außerstande ist**, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens **drei Stunden täglich erwerbstätig** zu sein.

§ 23 SGB XII - Sozialhilfe für Ausländer

- (1) Ausländern, die sich im Inland **tatsächlich** aufhalten, ist **Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege** nach diesem Buch zu leisten. ... Im Übrigen **kann Sozialhilfe geleistet werden**, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.
- (2) **Leistungsberechtigte nach § 1 des AsylbLG erhalten keine Leistungen der Sozialhilfe.**
- (3) Ausländer, die eingereist sind, um Sozialhilfe zu erlangen, sowie ihre Familienangehörigen haben *keinen Anspruch* auf Sozialhilfe. Sind sie zum Zweck einer Behandlung oder Linderung einer Krankheit eingereist, soll Hilfe bei Krankheit insoweit nur zur Behebung eines akut lebensbedrohlichen Zustandes oder für eine unaufschiebbare und unabweisbar gebotene Behandlung einer schweren oder ansteckenden Erkrankung geleistet werden....

Regelbedarfe/Grundleistungen SGBII/XII/AsylbLG 2018

	Regelbedarf § 2 AsylbLG/ SGB II/XII ab 1.1.2018	Regelbedarf § 2 AsylbLG/ SGB II/XII bei Vollverpflegung bis 31.12.18	Grundleistungen § 3 AsylbLG seit 17.3.2016	§ 3 AsylbLG Abzug Haushaltsenergie EVS 4	§ 3 AsylbLG Anteil pers. Bedarf (Barbetrag) EVS 6 - 12	§ 3 AsylbLG Zuschlag z. Barbetrag f. Kleidung EVS 3
Alleinst. Erw.	416	246	354	30,24	135	30,40
Erw. Ehepartner in Bedarfsg. jeweils	374	215	318	27,22	122	27,36
Jugendliche 14 - 17 in Bedarfsgem.	316	158	276	15,34	76	37,21
Kinder 6 - 13 Jahre	296	171	242	11,07	83	33,32
Kinder bis 5 Jahre	240	154	214	2,60	79	31,18

§ 3 AsylbLG

§ 3 Abs. 1 AsylbLG: in Aufnahmeeinrichtungen iSd § 47 AsylG, max für 6 Mte

Sachleistungen für physisches Existenzminimum + pers. Bedarf (soziokult. Existenzminimum)

§ 3 Abs. 2 AsylbLG: nach Entlassung aus der Aufnahmeeinrichtung

zB. in Notunterkunft, Gemeinschaftsunterkunft, Wohnung: Geldleistungen für physisches Existenzminimum + pers. Bedarf (soziokult. Existenzminimum)

Jeweils Regelbedarfssätze + Miete + Heizung + Hausrat (ab 2017: + Strom)

§ 3 Abs 3 AsylbLG: für Kita und SchülerInnen: zzgl Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Leistungen wie für Deutsche

Krankenhilfe für Asylsuchende - § § 2, 4, 6 AsylbLG

- **Krankenscheine Arzt und Zahnarzt nach § § 4 + 6 AsylbLG**, ggf Einführung eGK-Karte, ggf. Krankenscheine quartalsweise vorab vom Sozialamt (in Bln bis 2015): www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Krankenscheine-quartalsweise-vorab.pdf
- Verordnung Medikamente, Labor, notfallmäßige stationäre Krankenbehandlung, Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt, Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen **ohne Genehmigung Sozialamt**
- Planbare stationäre Behandlung, Hilfsmittel für Behinderte, Psychotherapie, Zahnersatz, Reha, Pflege, mancherorts Überweisung Facharzt nur **nach Genehmigung Sozialamt** (*in Berlin Überweisung Facharzt ohne Genehmigung!*)
- Nach § § 4 + 6 AsylbLG anders als für GKV-Versicherte **keine Zuzahlungen** und Eigenanteile
- **Nach 15 Monaten vollwertige Versichertenkarte** nach § 2 AsylbLG iVm § 264 Abs. 2 SGB V von GKV nach Wahl, **volle Gleichstellung mit GKV-Versicherten** (aber Pflegeleistungen nur vom Sozialamt)
- Nach § 2 AsylbLG **Zuzahlungen und Eigenanteile** nur bis zur Belastungsgrenze § 62 SGB V (= 2 % oder 1 % des Regelsatzes des Haushaltsvorstand)

§ 4 AsylbLG - Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt

- (1) Zur Behandlung **akuter Erkrankungen und Schmerzzustände** sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. Zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten werden **Schutzimpfungen** entsprechend den §§ 47, 52 Abs. 1 S 1 SGB XII und die medizinisch gebotenen **Vorsorgeuntersuchungen** erbracht. Eine Versorgung mit **Zahnersatz** erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist.
- (2) **Werdenden Müttern und Wöchnerinnen** sind ärztliche und pflegerische Hilfe und Betreuung, Hebammenhilfe, Arznei, Verband und Heilmittel zu gewähren.
- (3) Die zuständige **Behörde** stellt die Versorgung mit den Leistungen nach Abs. 1 und 2 sicher. Sie stellt auch sicher, dass den Leistungsberechtigten frühzeitig eine Vervollständigung ihres Impfschutzes angeboten wird. ...

§ 6 AsylbLG - Sonstige Leistungen

- (1) Sonstige Leistungen **können** insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur **Sicherung** des Lebensunterhalts oder **der Gesundheit unerlässlich**, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern **geboten** oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht **erforderlich** sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.

§ 2 AsylbLG - Leistungen in besonderen Fällen

- (1) Abweichend von den § § 3 bis 7 AsylbLG ist das **SGB XII** auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die sich **seit 15 Monaten** ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet **aufhalten** und die **Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst** haben.

§ 23 SGB XII - Sozialhilfe für Ausländer

- (1) Ausländern, die sich im Inland **tatsächlich** aufhalten, ist **Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft** und Mutterschaft sowie Hilfe zur **Pflege** nach diesem Buch zu leisten. Die Vorschriften des Vierten Kapitels bleiben unberührt. **Im Übrigen kann Sozialhilfe geleistet werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.** Die Einschränkungen nach Satz 1 gelten nicht für Ausländer, die im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder eines befristeten Aufenthaltstitels sind und sich voraussichtlich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. ...

Kürzungen: § 1a, § 5/5a/ 5b, § 11 AsylbLG

Personenkreise: Duldung, Vollz. Ausreisepfl, Asylbewerber (vgl. § 1 Abs. 1 AsylbLG!)

§ 1a Abs. 1: D, V: Einreise **um Sozialhilfe** zu erlangen

§ 1a Abs 2: V: **Ausreisetermin** steht fest

§ 1a Abs. 3: D,V: aktuell selbst gesetztes **Abschiebehindernis**

§ 1a Abs. 4 Satz 1: A, D: Aufenthalt entgegen EU-Asylaufnahme-Verteilbeschlüssen
Abs. 4 Satz 2: A, D: Aufenthalt trotz Asyl- oder Aufenthaltsrecht in and. EU-Staat
> Abs. 4 gilt **nicht für Dublin-Fälle!**

§ 1a Abs. 5: A die gegen **Mitwirkungspflicht** nach § 15 AsylG verstoßen (Vorlage vorhandener Pässe und Dokumente, Angabe Identität und Staatsangehörigkeit, Wahrnehmung BAMF Termin).
> Behörde ist **beweispflichtig!** A dürfen **nicht zur Botschaft** geschickt werden!

§ § 5, 5a, 5b: A,D,V: Weigerung Teilnahme zumutb. **80 Cent Job /FIM /zugew. IntKurs**

§ 11 Abs. 2a: A bis zur Ausstellung AnKuNa, soweit nicht selbst zu vertreten

Leistungsumfang nach § 1a Abs. 2 > aber: § 14, > aber § 1a Abs. 1
> **verfassungswidrige Kürzung Regelbedarf um 50 %**

Frage: Eingliederungshilfe für behinderte Asylbewerber?

Die Eingliederungshilfe für Asylbewerber richtet sich zunächst **nach § 6 AsylbLG**, nach 15 Monaten Aufenthaltsdauer **nach § 2 AsylbLG iVm § 23 Abs. 1 Satz 3 SGB XII** (Ermessensausübung: „Im Übrigen kann Sozialhilfe geleistet werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist“) **und § 53 ff SGB XII** (Eingliederungshilfe für Behinderte).

In Verbindung mit der **EU-Asylaufnahmerichtlinie** (Hilfen für besonders Schutzbedürftige) und der **UN-BRK** wird daraus bei sachgerechter Ermessensabwägung (!) idR ein Rechtsanspruch. Die Behauptung, dass diese Leistungen prinzipiell nicht beansprucht werden könnten, ist rechtswidrig.

Sobald eine **Flüchtlingsanerkennung** vorliegt, können Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II oder bei Erwerbsunfähigkeit nach dem SGB XII und jeweils ergänzend hierzu vom Sozialamt Eingliederungshilfe nach § 23 Abs. 1 Satz 3 und § 53 ff SGB XII beansprucht werden. Wegen des dann absehbaren Daueraufenthaltes gilt § 23 Abs. 1 Satz 4, d.h. Pflichtleistung statt Ermessen: *"Die Einschränkungen nach Satz 1 gelten nicht für Ausländer, die im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder eines befristeten Aufenthaltstitels sind und sich voraussichtlich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten."*

EU-AsylaufnahmeRL – Hilfen für besonders Schutzbedürftige

Artikel 21 Allgemeiner Grundsatz

Die Mitgliedstaaten berücksichtigen ... die spezielle Situation von schutzbedürftigen Personen wie **Minderjährigen, unbegleiteten Minderjährigen, Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden** mit minderjährigen Kindern, **Opfern des Menschenhandels**, Personen mit **schweren körperlichen Erkrankungen**, Personen mit **psychischen Störungen** und Personen, die **Folter, Vergewaltigung** oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, wie z.B. Opfer der Verstümmelung weiblicher Genitalien.

Artikel 22 Beurteilung der besonderen Bedürfnisse schutzbedürftiger Personen bei der Aufnahme

Artikel 19 Medizinische Versorgung

(2) Die Mitgliedstaaten gewähren Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme die erforderliche med. oder sonstige Hilfe, einschließlich erforderlichenfalls einer geeigneten psych. Betreuung.

Artikel 23 Minderjährige

Artikel 24 Unbegleitete Minderjährige

Artikel 25 Opfer von Folter und Gewalt

Asylaufnahme – Rechtsanspruch auf Information und Leistungen

Asylaufnahmeeinrichtung des Landes: Asylgesuch, Sozialleistungen nach AsylbLG. EASY-Verteilung, BÜMA, im zugewiesenen Bundesland
Ankunftsnachweis

- ggf. **Fahrkarte** zur Asylaufnahmestelle in **anderem Bundesland**, Unterkunft bis nächste Reisemöglichkeit, Verpflegung, Krankenbehandlung und Sozialleistungen in nicht zugewiesenen Bundesland wenn unaufschiebbar.
- **Schriftliche** (notfalls mündliche) **Information der zuständigen Landesaufnahmeeinrichtung** in Sprache des Geflüchteten zu Asylverfahren und Asylaufnahme: Leistungen, Bildung, Arbeit, Beratung und Rechtshilfe, **§ 47 Abs. 4 AsylVfG**,
- **Vgl Art. 5 EU-RL Asylaufnahme, Art 19, 20, 23 EU-RL Asylverfahren**
- **Existenzsicherungsleistungen** nach § § 3, 4, 6 AsylbLG

EU-Asylaufnahmerichtlinie – Recht auf Information

www.fluechtlingsrat-berlin.de > Gesetzgebung > Europ. Asylrecht
RL v. 27.01.2003, gültig seit 06.02.2005, *neue F. v. 26.06.2013 - gültig seit 20.07.2015* –

Artikel 5 - Information

Die Mitgliedstaaten **unterrichten** die Antragsteller innerhalb einer ... Frist von höchstens 15 Tagen nach dem gestellten Antrag auf internationalen Schutz zumindest über die **vorgesehenen Leistungen** und die Verpflichtungen, die mit den im Rahmen der Aufnahmebedingungen **gewährten Vorteile** verbunden sind.

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Antragsteller Informationen darüber erhalten, **welche Organisationen oder Personengruppen einschlägige Rechtsberatung leisten** und welche Organisationen ihnen im Zusammenhang mit den im Rahmen der Aufnahme gewährten Vorteilen, einschl. med. Versorgung, behilflich sein oder sie informieren können.

(2) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die in Abs. 1 genannten **Informationen schriftlich und in einer Sprache erteilt werden**, die der Antragsteller versteht oder von der vernünftigerweise angenommen werden darf, dass er sie versteht. Ggf. können diese Informationen auch mündlich erteilt werden.

- **Artikel 12 - Familieneinheit**
- **Artikel 14 - Grundschuleraufziehung und weiterf. Bildung Minderjähriger**
- **Artikel 15, 16 - Beschäftigung, berufl. Bildung**
- **Artikel 17 ff. - Materielle Leistungen im Rahmen der Aufnahme, med. Versorgung**
- **Artikel 21 ff. - Hilfen für besonders schutzbedürftige Personen**

EU-Asylaufnahmerichtlinie – Zugang NROs zu Unterkünften

Artikel 18 (2) ...[Bei der Unterbringung] ... tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass

- a) Antragstellern der Schutz ihres **Familienlebens** gewährleistet wird;
- b) Antragsteller die Möglichkeit haben, mit **Verwandten, Rechtsbeistand oder Beratern**, Personen, die den UNHCR vertreten, und anderen einschlägig tätigen nat. und internat. Organisationen sowie **NROs in Verbindung zu treten**;
- c) Familienangehörige, Rechtsbeistand oder Berater, Personen, die den UNHCR vertreten, und einschlägig tätige von dem betreffenden Mitgliedstaat anerkannte NROs **Zugang erhalten**, um den Antragstellern zu helfen. Der Zugang darf nur aus Gründen der Sicherheit der betreffenden Räumlichkeiten oder der Antragsteller eingeschränkt werden.

Flüchtlinge 2010 bis 2018 in Berlin

- **grob geschätzte** Größenordnung Asylsuchende + Duldung + Grenzübertrittsbescheinigung -

	Mitte 2010	Mitte 2012	Juni 2015	Sept 2015	April 2016	Sept 2016	Sept. 2018
gesamt	10 000	12 000	24 000	34 000	53 000	49 000	30 000
davon in Wohnungen (geschätzt)	8 500	8 500	9000	10 000	11 000	11 000	18 000
in Sammelunterkünften	1 500	3 500	15 000	24 000	42 000	38 000	22 000*
Zahl Sammelunterkünfte LAGeSO/LAF	6	16	60 + 1500 P Hostelguts	79 + 1300 P Hostelguts	148 + 350 P in Hostels	132 + 260 P in Hostels	84

*) Einschl. ca 10 000 anerkannter Flüchtlinge in LAF-Sammelunterkünften

Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin – Sept 2018

- **EAE - 11 Erstaufnahmeeinrichtungen:** Waldschluchtpfad, Kaiserdamm, Rhinstr, Herzbergstr (alle: AWO Berlin-Mitte), Lietzenburger Str., Stresemannstr (beide DRK Berlin), Ohlauer Str (Johanniter), Brebacher Weg (Volkssolidarität), An der Urania (Albatros), Schwalbenweg, Groß Berliner Damm (beider CJD)
- **GU - 66 Gemeinschaftsunterkünfte**
- **NUK - 6 Notunterkünfte** (teils als GU in Umbau, teils in Räumung)
- **AKUZ – 1 Ankunftszentrum** immer noch im Hangar 2 Tempelhof (Tamaja GmbH)
- **xxxx Wohnungen** (Asylsuchende mit regulären Mietverträgen nach BGB)
- *2010: 1 Erstaufnahmeeinrichtung, 5 Gemeinschaftsunterkünfte, 80 % der AsylbLG-Berechtigten in Wohnungen*

BUL - Berliner Unterbringungsleitstelle beim LAF

- Prüfung Betreiber-, Immobilien- und Grundstücksangebote und **Verträge**
- Kontrolle und **Beschwerdemanagement**
- Vertraglich festgelegte **Personalschlüssel** und **Qualitätsanforderungen** sind auf den Seiten des LAF – anders als zuvor beim LAGeSo - nicht mehr öffentlich zugänglich
- **Geplant: Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung von Wohnungslosen**

Beschwerden an:

Edith Tomaske, Leiterin Qualitätssicherung Flüchtlingsunterkünfte, Darwinstr. 15, 10589

§ 47 AsylVfG - Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen

- (1) Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes zu stellen haben (§ 14 Abs. 1), sind verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis **zu sechs Monaten**, in der für ihre Aufnahme zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen.
- (1a) Abweichend von Absatz 1 sind **Ausländer aus einem sicheren Herkunftsstaat** (§ 29a) verpflichtet, bis zur Entscheidung des BAMF über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung ...bis zur ... in der ... zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Die § § 48 bis 50 bleiben unberührt.
- (4) Die Aufnahmeeinrichtung weist den Ausländer innerhalb von **15 Tagen nach der Asylantragstellung möglichst schriftlich und in einer Sprache, deren Kenntnis vernünftigerweise vorausgesetzt werden kann, auf seine Rechte und Pflichten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hin.** Die Aufnahmeeinrichtung benennt in dem Hinweis nach Satz 1 auch, wer dem Ausländer **Rechtsbeistand** gewähren kann und welche **Vereinigungen** den Ausländer über seine Unterbringung und med. Versorgung beraten können.

Wohnungen für Asylsuchende in Berlin

- Für **maximal 6 Monate** ab Asylgesuch Wohnpflicht in **Aufnahmeeinrichtung** (EAE)
- Danach Kostenübernahme für **Mietwohnung** durch LAF, wenn Miethöhe sozialrechtlich angemessen nach § 3 Abs 2 oder § 2 AsylbLG (Miete, Heizung, Kautions, Erstausrüstung Hausrat/Möbel) vom LAF bzw. Sozialamt,
- Nach Entlassung aus EAE bundesweit **Reisefreiheit**, aber **Wohnsitznahme** und Sozialleistungsbezug nur in Berlin
- **Wohnortwechsel** für Asylsuchende nur, wenn Zusammenführung Kernfamilie, pflegebedürftige Angehörige, oder Nachweis eigenständiger Lebensunterhaltsicherung,
- Für **anerkannte Flüchtlinge**: Mietübernahme durch Jobcenter wie für Deutsche, aber ggf. Wohnsitzregelung § 12a AufenthG (dazu später mehr)

Wohnungen für Asylsuchende in Berlin

- **Kontingent WfF beim LAF** (Vertrag Wohnungen für Flüchtlinge): **275 WE/Jahr**, Wartelistenregistrierung über LAF Sozialdienst bei bes. Schutzbedürftigkeit
- **WG-Zimmer** für Geflüchtete: www.fluechtlinge-willkommen.de
- **Asylbewerberleistungsgesetz**: Übernahme Kosten der Unterkunft, bei Wohnung: Miete, Heizung, Kautions, Erstausrüstung; Grundleistungen nach § 3 AsylbLG, Krankenscheine vom Sozialamt (ZLA Turmstraße).
- Für **anerkannte Flüchtlinge**: Mietübernahme durch **Jobcenter** wie für Deutsche, Zuständigkeit nach Geburtsmonat
- **Wohnungsberatung EJM Mitte**: für anerk. Flüchtlinge im ALG II Bezug
- **Wohnungsberatung Reinickendorf**: Integrationsbeauftragter Bezirk und ev. Kirchenkreis
- **Wohnungsberatung Treptow-Köpenick**: Interaxion e.V.
- **Wohnungsberatung Lichtenberg**: EJM und HoWoGe
- **Wohnungsberatung Marzahn-Hellersdorf**:

Checkliste Wohnungssuche - Vorbereitung

- **Mietübernahmeschein vorab zur Wohnungssuche** bei zuständiger Behörde (Sozialamt, Jobcenter) **schriftlich beantragen**, Informieren über kommunale Mietobergrenzen
- **Emailadresse** einrichten und Emails checken
- Suchprofil bei **Immobilienscout24** anlegen
- Angebote der **Landeseigenen**: www.inberlinwohnen.de
- **Schufa** Datenauskunft beantragen
- Möglichst **Bankkonto** beantragen
- Überlegen, wie **Bewerberbogen** ausgefüllt werden kann (Beruf, Einkommen)
- **Deutschsprachigen BegleiterIn** zu Besichtigung und Mietvertragsabschluss mitnehmen
- Attest/Nachweis fürs Sozialbehörde über besonderen Wohnbedarf wg **Schwangerschaft/Krankheit/Behinderung**,
- Ggf Antrag **Schwerbehindertenausweis** beim Versorgungsamt
- Bei Flüchtlingsanerkennung **Wohnberechtigungsschein** (WBS, vgl. § 27 WoFG) zum Bezug einer Sozialwohnung / landeseigenen Wohnung beantragen

Durchsetzung der Mietübernahme beim Amt

- **Mietangebot** mit allen nötigen Angaben besorgen, vgl. Formular EJF Berlin www.ejf.de/einrichtungen/migrations-und-fluechtlingsarbeit/fluechtlingsberatung-berlin.html
- **Kostenübernahme** für **Miete und Kaution** sofort **schriftlich beantragen direkt** bei Sozialamt/Jobcenter
- **Kopien** machen und behalten: Mietangebot, Antrag, Widerspruch usw.
- **Begleitung durch UnterstützerIn zum Amt** (**Beistand**, § 13 Abs. 4 SGB XI)
- Bei ungerechtfertigter Ablehnung **ggf. tlf./schriftlich Druck machen beim Vorgesetzten**: Sachbearbeiter > Gruppenleiter > AbtL > Sozialdezernat
- ggf **Flüchtlingsberatungsstelle** einschalten
- Ggf bei ungerechtfertigter Ablehnung Info an **Flüchtlingsrat** (Anträge und Bescheide scannen und mailen, mit Angaben zum Aufenthaltsstatus etc.)
- **Eilantrag** beim **Sozialgericht** bei unzumutbar langer **Nichtentscheidung**, bei ungerechtfertigter **Ablehnung** Eilantrag Sozialgericht und Widerspruch beim Sozialamt/Jobcenter

Zeitpunkt Wechsel Leistungsberechtigung AsylbLG > SGB II/XII ?

- **1. Asylanerkennung** ab Folgemonat nach Bescheid BAMF, § 1 Abs. 3 AsylbLG.
- **2. Anerkennung Flüchtlingsschutz oder subsidiärer Schutz:** ab Folgemonat Bescheid BAMF,
Keine AE nötig wg Fiktionswirkung § 25 II S 2 AufenthG!
Bei Anerkennung subs. Schutz auch, wenn Klage auf Flüchtlingsschutz eingelegt!
 auch wg Erlöschen Aufenthaltsgestattung § 67 AsylVfG. Sh auch Art. 23 GK, Art. 28 QualifRL, Art 1 EFA iVm ZP EFA, Art 1 VorlAbk SozSich Europa 1953
- **3. Anerkennung nationaler Schutz (Abschiebungsverbot)** SGB II/XII ab Folgemonat nach Bescheid BAMF, wenn sofort AE-Antrag gestellt
Keine AE nötig wg Fiktionswirkung AE-Antrag § 81 III AufenthG
 auch wg Erlöschen Aufenthaltsgestattung § 67 AsylVfG. Sh auch Art. 23 GK, Art. 28 QualifRL, Art 1 EFA iVm ZP EFA, Art 1 VorlAbk SozSich Europa 1953
- **4. Nachgezogene Familienangehörige von Flüchtlingen**
 sofort ab Einreise SGB II/XII, auch schon mit Visum, da kein Tatbestand nach § 1 AsylbLG, nach Rspr und nach „**Wissensdatenbank SGB II**“ auch kein Ausschluss für die ersten 3 Monate
- **5. Ab Erteilung sonst. Aufenthaltstitel**, die nicht unter § 1 Abs. 1 AsylbLG fallen

Alg II, wenn BAMF Schutzstatus anerkannt, Ausländerbehörde aber Aufenthaltserlaubnis noch nicht erteilt hat

Agentur für Arbeit – „Wissensdatenbank SGB II“ - WDB-Beitrag Nr.: 070065

Ein anerkannter Asylberechtigter hat einen Aufenthaltstitel beantragt. Besteht während der Bearbeitungsdauer der Ausländerbehörde Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II?

Ja, es können Leistungen nach dem SGB II beansprucht werden.

Wurde eine Asylberechtigung unanfechtbar anerkannt, wird den Betroffenen ein Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erteilt. Im Falle der Anerkennung als Flüchtling wird ein Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 2 AufenthG erteilt.

Bis zur Erteilung des Aufenthaltstitels gilt der Aufenthalt als erlaubt (§ 25 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Dies gilt auch für Fälle, in denen den Betroffenen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde (§ 25 Abs. 2 S. 2 AufenthG). In beiden Fällen sind die Betroffenen demnach so zu behandeln, als hätten sie bereits einen Aufenthaltstitel nach § 25 AufenthG (Erlaubnisfiktion).

Da es sich bei den o. a. Aufenthaltstiteln um Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 handelt, besteht bei Vorliegen der übrigen Anspruchsvoraussetzungen ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II von Beginn an, d. h. auch für die ersten drei Monate des Aufenthalts (§ 7 Abs. 1 S. 3 SGB II). Dies gilt auch für den Zeitraum der Erlaubnisfiktion.

Aufenthaltsrechtliche Fiktionswirkung der Flüchtlingsanerkennung

§ 25 Aufenthalt aus humanitären Gründen

(1) Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er als **Asylberechtigter** anerkannt ist. ... **Bis zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gilt der Aufenthalt als erlaubt.** Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

(2) Einem Ausländer ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn das BAMF die **Flüchtlingseigenschaft** im Sinne des § 3 Abs. 1 AsylG oder **subsidiären Schutz** im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG zuerkannt hat. **Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.**

Geburtsmonatsregelung Zuständigkeit Sozialämter und Jobcenter für Wohnungslose und Geflüchtete in Not-/Gemeinschaftsunterkünften

LAF zentral für ALLE **Asylbewerber** in Berlin, auch wenn Wohnung vorhanden:

- **ZAA/ZLA LAF Berlin** ZAA Bundesallee, ZLA Darwinstr

Für anerkannte und für abgelehnte **Flüchtlinge Bezirksämter/Jobcenter nach dem Geburtsmonat**, in Familien des älteren Ehepartners, nicht nach Meldeadresse, wenn wohnungslos oder in Not-/Gemeinschaftsunterkunft:

- **Jobcenter** und **Soziale Wohnhilfen** der Bezirksämter für **anerkannte Flüchtlinge** in Gemeinschaftsunterkunft (*nur wenn Mietwohnung **Jobcenter nach Wohnbezirk***)
- **Sozialämter AsylbLG**-Leistungen für **Geduldete, Ausreisepflichtige** nach Nr. 4 AV ZustAsylbLG Berlin iVm Nr. 4 Abs. 3 AV ZustSoz Berlin (auch wenn Whg vorhanden)
- **Jugendämter Leistungen für asylsuchende UMF; Kostenübernahme Kita, Hort** für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkunft

•Mitte	Januar
•Friedrichshain-Kreuzberg	Februar
•Pankow	März
•Charlottenburg-Wilmersdorf	April
•Spandau	Mai
•Steglitz-Zehlendorf	Juni
•Tempelhof-Schöneberg	Juli
•Neukölln	August
•Treptow-Köpenick	September
•Marzahn-Hellersdorf	Oktober
•Lichtenberg	November
•Reinickendorf	Dezember

Alg II während Asylklage, wenn BAMF nur subsidiären Schutz anerkannt hat

Antwort Bundesregierung BT-Drs. 18/9423 vom 19.8.2016, S. 12:

*„Da die Zuerkennung eines subsidiären Schutzstatus mit Bekanntgabe der Entscheidung bestandskräftig wird, haben die Kläger auch während des noch anhängigen Klageverfahrens einen gesetzlichen **Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis** nach § 25 Absatz 2 AufenthG, so dass die in § 10 Absatz 1 AufenthG vorgesehene Ausnahme greift. Über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis entscheidet die zuständige Ausländerbehörde.“*

*!Daraus folgt: **Trotz Asylklage Anspruch auf ALG II bereits ab BAMF-Bescheid!***

*!Aber: **Weiter nur AsylbLG** während Asylklage, wenn BAMF den Asylantrag ganz abgelehnt hat, oder nur nationaler subs Abschiebeschutz gewährt wurde!*

Zuständigkeitsstreits der Sozialleistungsträger – was tun?

- **§ 16 SGB I:** Unzuständige Behörde muss **Antrag weiterleiten** an zuständige Behörde; **Fiktionswirkung der Antragstellung** bei unzuständiger Behörde (der Antrag gilt am Tag des Eingangs bei unzuständiger Behörde als gestellt!)
- **§ § 14, 15 SGB I:** Beratungspflicht der Sozialleistungsträger, **sozialrechtlicher Herstellungsanspruch** bei unterbliebener/fehlerhafter Antragstellung aufgrund behördlicher Falschberatung [Problem: Nachweis der Falschberatung]
- **§ 28 SGB X:** Binnen 6 Monaten nach Ablehnung einer Sozialleistung wirkt der Antrag auf eine weitere Sozialleistung bis zu 12 Monate zurück, wenn dieser Antrag unterlassen wurde, weil vermeintlich Anspruch auf die zuerst beantragte Sozialleistung bestand.
- **§ 43 SGB I:** Wenn zwei Behörden (zB Sozialamt und Jobcenter) sich gegenseitig für zuständig erklären, muss **auf Antrag die zuerst angegangene Behörde vorläufig leisten**.
- **§ 75 SGG:** Bei Zuständigkeitsstreits sollte beim Sozialgericht im Klage- und Eilverfahren die „**Beiladung**“ der zweite Behörde beantragt werden.
- Für AsylbLG ggf: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 32 VwVfG), Wiederaufgreifen des Verfahrens (§ 51 VwVfG), Beratungspflicht (§ 25 VwVfG).

Bis Dezember 2018: Kürzung ALG II -Regelsätze in Sammelunterkünften mit Vollverpflegung - § 65 Abs. 1 SGB II

In Unterkünften mit Vollverpflegung mangels Kochmöglichkeit, wenn Ernährung und Haushaltsenergie nur als Sachleistung bereit stehen, Kürzung der ALG II-Regelsätze:

1. für Alleinstehende um **170 €**,
2. bei den übrigen Erwachsenen um **159 €**,
3. bei Kindern von 0 bis unter 6 Jahren um **86 €**,
4. bei Kindern von 6 bis unter 14 Jahren um **125 €** und
5. bei Jugendlichen von 14 bis unter 18 Jahren um **158 €**.

Beispiel: Alleinstehende 416 € Regelsatz ./ . 170 € Kürzung = 246 € Regelsatz als „Taschengeld“.

Gilt nur in Aufnahmeeinrichtungen, Not- und Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Deutsche, wenn dort Kochmöglichkeit zur Selbstversorgung fehlt. Gilt nicht in Krankenhäusern, Einrichtungen für Behinderte usw.!

Endet per **31.12 2018** > dann Anspruch auf volle Regelsätze!

Ernährung ist auch bei Abwesenheit wegen Behördentermins, Erwerbstätigkeit, Integrationskurs usw. bereitzustellen, z.B. als Lunchpaket (BT-Drs. 18/8909, 34).

Nehmen von der Kürzung wegen Vollverpflegung betroffene Kinder am **Mittagessen der Schule oder Kita** teil, sind über BuT-Paket die Kosten des Kita-/Schulmittagessens voll zu übernehmen, ohne die sonst nach SGB II/XII geforderte Zuzahlung von 1 €/ Tag (65 Abs. 1 Satz 5 SGB II).

Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge - § 12a AufenthG (in Kraft seit August 2016)

- gilt kraft Gesetzes **ab Datum der Flüchtlingsanerkennung durch BAMF** (= AE § 25 I oder II), ebenso ab Erteilung AE § 22, § 23, § 25 III,
- **für 3 Jahre** ab Anerkennung Beschränkung Wohnsitznahme auf **Bundesland**, Beschränkung auf Landkreis/Kommune ist nach Landesrecht möglich
- Rspr. **EuGH** und **BVerwG**: Wohnsitzauflagen für anerk. Flü. nur zum **Zweck der besseren Integration**, aber nicht zur Verteilung der Sozialkosten zulässig. Freizügigkeitsgarantien Art. 12 Abs. 1 IPbpR (**UN-Zivilpakt**), Art. 33 EU-**Qualifikations-RL** (RL 2011/95/E) und Art. 26 **GFK** erlauben Freizügigkeitsbeschränkungen für anerk. Flüchtlinge nur in begründeten Ausnahmefällen.
- stets zu beachten: Vertrauensschutz, **Verhältnismäßigkeit**, Recht auf Ehe und Familie, Kindeswohl sowie **Gesetzeszweck** "Integration". Ggf. aufzuheben, wenn anderswo bessere Chancen auf Wohnung, Arbeit oder Bildung (Spracherwerb, Ausbildung) bestehen.
- gilt rückwirkend ab 1.1.2016, aber Verzicht auf Rückumzug laut Vereinbarung Bund-Länder v. 13.09.2016, d.h. ggf Wohnverpflichtung für das Bundesland, wo der umgezogene Flüchtling sich bei Inkrafttreten aufhielt.
- gilt nicht bei **Flüchtlingsanerkennung vor dem 1.1.2016, oder nach dem 5.8.2019.**

Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge - § 12a AufenthG - Ausnahmen

Wohnsitzauflage gilt Kraft Gesetzes nicht (§ 12a Abs. 1)

- wenn Flüchtling, Ehepartner oder mdj Kind sozialversich. **Arbeit** ab ca 712 Euro netto, Studium oder **Berufsausbildung** (auch: berufsorient./-vorb. Maßnahme, studienvorb. Sprachkurs, Studienkolleg) ausübt.

Wohnsitzauflage wird auf Antrag von der ABH des bisherigen (im Asylverfahren zuständigen) Wohnorts **aufgehoben** (§ 12a Abs. 5)

- wenn Flüchtling, Ehegatte oder mdj Kind sozialvers. Beschäftigung (s.o.) oder Ausbildungs- oder Studienplatz (s.o.) findet
- wenn **Familienangehörige** (Ehegatte, Lebenspartner, mdj led. Kinder) an anderem Wohnort leben,
- in **Härtefällen**, insbesondere wenn lt. Jugendamt Maßnahmen nach SGB VIII (zB Kita, Hort) beeinträchtigt würden,
- wenn aus anderen pers. Gründen Übernahme durch anderes Land zugesagt,
- oder **vergleichbare unzumutbare Einschränkungen**, zB. Umzug im Vertrauen auf Rechtmäßigkeit (Vertrauensschutz), Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger, Schutz vor gewalttätige Angehörigen
- Ggf. für Anmietung angemessener **Wohnung** statt Sammelunterkunft (**Ziel: Integration!?**)

Bei sich in der Folgezeit ändernden Beschäftigungs-/Ausbildungs- oder Studienverhältnissen usw. ~~lebt die Wohnsitzzuweisung nicht wieder neu auf~~

Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete - AsylG + AufenthG – idR nur für 3, max. 6 Monate

- Residenzpflicht **für die ersten 3 Monate** - § 59a/b AsylG, § 61 AufenthG
- Residenzpflicht bedeutet Wohnsitznahme im Zuweisungsgebiet, ggf in AE, **Reisen** außerhalb Zuweisungsgebiet idR nur mit Genehmigung ABH
- Wohnverpflichtung für **Aufnahmeinrichtung** nach AsylG (AE) **bis zu 6 Monate**, für Ausländer aus „sicheren Herkunftsländern“
Wohnverpflichtung in AE ggf auch darüber hinaus, § 47 AsylG, dann auch Residenzpflicht,
- Ende Wohnverpflichtung für **Aufnahmeinrichtung** vor Ablauf von 6 Monaten, zB bei landesinterner Umverteilung, in Härtefällen usw., sh § § 48 bis 50 AsylG.
- **Residenzpflicht nur ausnahmsweise über 3/6 Monate** hinausgehend, zB sichere HKL, Straftäter, Abschiebung unmittelbar bevorstehend, siehe § § 471a, 59a/b AsylG, § 61 Abs. 1c AufenthG

Wohnsitzauflagen für Asylbewerber und Geduldete - § 60 AsylG, § 61 AufenthG

- Schließt an Residenzpflicht an
- Gilt nach Ablauf von 3 Monaten, sofern keine Zuweisung mehr in eine AE vorliegt
- Nunmehr Reisefreiheit bundesweit, aber weiterhin Wohnsitzauflage idR für den zugewiesenen Landkreis
- Beschränkung auf bestimmte Region, evtl. auf bestimmte Unterkunft
- Umzug außerhalb Zuweisungsgebiet nur mit Genehmigung ABH, zB aus familiären Gründen
- Wohnsitzauflage entfällt, wenn Lebensunterhalt ohne Bezug Sozialleistungen SGB II/XII/AsylbLG gesichert ist

Wartefrist Reisefreiheit

§ 59a AsylG - Erlöschen der räumlichen Beschränkung

- (1) Die räumliche Beschränkung nach § 56 erlischt, wenn sich der Ausländer seit **drei Monaten** ununterbrochen erlaubt, geduldet oder gestattet im Bundesgebiet aufhält. Die räumliche Beschränkung erlischt abweichend von Satz 1 nicht, solange die Verpflichtung des Ausländers, in der für seine Aufnahme zuständigen **Aufnahmeeinrichtung** zu wohnen, fortbesteht.

§ 59b AsylG - Anordnung der räumlichen Beschränkung

- (1) Eine räumliche Beschränkung der Aufenthaltsgestattung kann unabhängig von § 59a ...angeordnet werden, wenn
1. der Ausländer wegen einer **Straftat**, mit Ausnahme solcher Straftaten, deren Tatbestand nur von Ausländern verwirklicht werden kann, rechtskräftig verurteilt worden ist,
 2. Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer gegen Vorschriften des **Betäubungsmittelgesetzes** verstoßen hat, oder
 3. **konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung** gegen den Ausländer bevorstehen.

Ebenso § 61 Abs 1c und § 61 Abs 1d AufenthG für Ausländer mit Duldung

Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete

- Bis 3. Monat des Aufenthaltes absolutes Arbeitsverbot,
- Bis 6. Monat des Aufenthaltes absolutes Arbeitsverbot, wenn in Erstaufnahmeeinrichtung (bei sicheren HKL unbefristetes Arbeitsverbot, wenn Asylantrag nach 31.08.15)
- **3/6. - 48. Monat Arbeitserlaubnisverfahren seit August 2016 in Berlin ohne Vorrangprüfung:** Arbeitserlaubnis an ABH, behördeninterne Beteiligung Agentur für Arbeit, die nur die Einhaltung der tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsbedingungen prüft, insb. Mindestlohn.
Vorrangprüfung (Arbeitserlaubnis nur wenn kein bevorzogter Arbeit-suchender) bis 15. Monat **nur noch in MV, einigen Regionen Bayerns und NRWs.**
- **Keine Beteiligung Agentur für Arbeit:** unbez. Praktika iSd Mindestlohngesetzes, Berufsausbildung, FSJ, BFD, Hochqualifizierte (Blue-Card) u.a.
- **Ab 49. Monat** unbeschränkte Beschäftigungserlaubnis
- Für **Geduldete** unabhängig von Aufenthaltsdauer **absolutes Arbeits- und Ausbldungsverbot**, wenn selbst gesetztes Abschiebehindernis (§ 60a Abs. 6 AufenthG)

Antrag auf Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete

- Antrag bei **Ausländerbehörde** ohne Termin, auch per Email, nötig sind zwei Formulare:
- **Formular Antrag auf Erlaubnis einer Beschäftigung**
www.berlin.de/formularserver/formular.php?50328
- **Formular Stellenbeschreibung** (vom Arbeitgeber auszufüllen!) www.berlin.de/formularserver/formular.php?50329
- Wenn vorhanden ggf. **Arbeitsvertrag** (ggf Entwurf) beilegen.
- Ausländerbehörde bittet ggf Agentur für Arbeit (ZAV) im behördeninternen Verfahren um **Zustimmung** (Prüfung der Arbeitsbedingungen). In vielen Fällen ist die Zustimmung nicht nötig (zB Praktikum, Berufsausbildung, vgl. § 32 BeschV).
- **Achtung:** Tätigkeit darf erst begonnen werden, wenn **Arbeitserlaubnis** vorliegt!
- In zustimmungspflichtigen Fällen kann der Antrag auch bei der **Agentur für Arbeit (ZAV Duisburg)** gestellt werden, die dann die ABH über ihre Entscheidung informiert. In Berlin ggf. persönlich einreichen über regionale Agentur für Arbeit.

Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete

- **Arbeit** für Asylsuchende und Geduldete **grundsätzlich erlaubnispflichtig**, auch Praktika. Erlaubnispflicht entfällt nach 48 Mtn, oder ab **Flüchtlingsanerkennung**.
- **Selbständige Arbeit** (zB Honorartätigkeit) für Asylsuchende und Geduldete ist ausgeschlossen.
- **Praktika**, für die **KEIN Mindestlohn** fällig ist (vgl. § 22 MindestlohnG) sind genehmigungsfrei.
- **Ehrenamt ohne Einordnung in die Arbeitsorganisation** dürfte genehmigungsfrei sein, auch mit **Aufwandspauschale**, unter Umständen aber als Einkommen anrechenbar
- **Hospitation** ohne Einordnung in die Arbeitsorganisation ist genehmigungsfrei.
https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/document_s/webdatei/mdaw/mjc3/~edisp/l6019022dstbai772426.pdf

Anrechnung Arbeitseinkommen AsylbLG / SGB XII/SGB II

- **Einkommensfreibetrag § 7 AsylbLG:** Werbungskosten sowie 25 % des Einkommens, max. 50 % des Grundleistungsbetrags nach § 3 Abs. 1 +2 AsylbLG, Ehrenamtspauschale gilt nicht
- **Einkommensfreibetrag § 2 AsylbLG iVm § 82 SGB XII:** Werbungskosten sowie 30 % des Einkommens, max. 50 % des Regelbedarfsstufe 1 nach § 28 SGB XII = (max 177.-), alternativ bis zu 200.- € Ehrenamtspauschale.
- **Einkommensfreibetrag SGB II:** § § 11, 11a, 11b SGB II und Alg II VO: stets 100 €, zzgl 20 % des 100 € bis zu 1000 € übersteigenden Betrags + 10 % des 1000 € bis zu 1200 € übersteigenden Betrags; bei Familien mit mind einem mdj Kind + 10 % des 1000 € bis zu 1500 € übersteigenden Betrags. Zzgl 30 Versicherungspauschale für jeden volljährigen Einkommensbezieher. Alternativ zu den ersten 100 € bis zu 200.- € Ehrenamtspauschale.

Wartefrist Arbeitserlaubnis

§ 61 AsylG - Erwerbstätigkeit

- (1) Für die Dauer der Pflicht, in einer **Aufnahmeeinrichtung** zu wohnen, darf der Ausländer keine Erwerbstätigkeit ausüben.
- (2) Im Übrigen kann einem Asylbewerber, der sich seit **drei Monaten** gestattet im Bundesgebiet **aufhält**, ... die Ausübung einer **Beschäftigung** erlaubt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat ... [> BeschV] ...Die § § 39, AufenthG gelten entsprechend. ...

§ 32 BeschV - Beschäftigung von Personen mit Duldung

- (1) AusländerInnen, die eine Duldung besitzen, kann eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden, wenn sie sich seit **drei Monaten** erlaubt, geduldet oder mit Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufhalten (...)

§ 60a AufenthG - Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)

- (6) Einem Ausländer, der eine **Duldung** besitzt, darf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt werden, wenn
 1. er sich in das Inland begeben hat, **um Leistungen nach dem AsylbLG zu erlangen**,
 2. **aufenthaltsbeendende Maßnahmen** bei ihm aus Gründen, die er **selbst zu vertreten** hat, nicht vollzogen werden können oder
 3. er Staatsangehöriger eines **sicheren Herkunftsstaates** nach § 29a AsylG ist und sein nach dem 31.08.2015 gestellter Asylantrag abgelehnt wurde.

Kita und Hort während des Asylverfahrens in Berlin

- **Rechtsanspruch auf Kitaplatz und Hortplatz** nach § § 6 und 24 SGB VIII ab 2 Jahren wie für deutsche Kinder
- Ein besonderer Bedarf ist wegen Sprachförderung anzuerkennen
- § 55 SchulG Berlin: Sprachstandsfeststellung mit 4 Jahren > **Pflicht zur Teilnahme an Sprachförderung 18 Monate vor Beginn 1. Klasse**, wird durch **Kitabesuch** erfüllt
- **Anmeldung** bei Kita, Vermittlung Kitaplatz und Annahme Antrag Kostenübernahme bei **Jugendamt** des Wohnbezirks, sh Leitfaden www.berlin.de/sen/bjw/fluechtlinge/leitfaden-zur-integration.pdf
- Für Flüchtlinge in Not/Gemeinschaftsunterkunft bewilligt **Jugendamt nach Geburtsmonat** des älteren Elternteils (Wohnungslosen-Zuständigkeit) Kitagut-schein, Jugendamt des Wohnbezirks nimmt Antrag an und leitet ihn weiter
- Hilfe bei Kita-Anmeldung laut Betreibervertrag Pflichtaufgabe der **Sozialarbeiter** in der Gemeinschaftsunterkunft.
- Mehrsprachige **Kita-Flyer** für Eltern: www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Kitaflyer_Fluechtlinge_SenBJW.pdf

Schulbesuch während Asylverfahren in Berlin

- 10jährige **Schulpflicht** wie für deutsche Kinder für asylsuchende und geduldete Kinder ab dem ersten Tag, § 41 SchulG Berlin
- **Recht auf Schulbildung** und –platz entspr. indiv. Fähigkeiten auch über 10jährige Schulpflicht hinaus, § 2 SchulG Berlin, Art. 20 VerfvBl, Art 28 UN-KRK
Beratung hierzu: www.bbzberlin.de
- Recht auf **Ganztagschule** = ergänzende Lernförderung im Hort, § 19 SchulG Bln
- **Schulgesundheitsuntersuchung** auf Lernbehinderungen und ansteckende Krankheiten durch Jugendgesundheitsdienst des Wohnbezirks
- Sprachförderung in **Willkommensklassen**, baldmöglichster Übergang in Regelklassen ist nach individuellem Lernfortschritt sicherzustellen
- Hilfe bei Schul-Anmeldung ist laut Betreibervertrag **Pflichtaufgabe der Sozialarbeiter** in der Gemeinschaftsunterkunft
- **Anmeldung** bei Schule oder Schulamt des Wohnbezirks, siehe Fachinfo www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/SenBJW_Info_Kita_Schule_Hort_Fachpersonal.pdf
- **Leitfaden SenBJW Berlin Integration in Kita und Schule**, Nov 2015
www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/foerderung/sprachfoerderung/leitfaden_zur_integration.pdf

Studium während des Asylverfahrens

Studiervorbotsauflage für Asylsuchende wäre wg Änderung § 60 AsylG seit 1.1.2015 mangels Rechtsgrundlage nichtig

Wohnsitzbeschränkungen sind gemäß AsylG/AufenthG ggf. entsprechend anzupassen

BaföG: für Asylsuchende grds kein Anspruch (Ausnahme: Eltern oder Asylsuchender waren längere Zeit in Deutschland erwerbstätig, vgl. § 8 Abs. 3 BAföG).

BaföG für anerck Flüchtlinge Anspruch wie Deutsche, vgl § 8 Ab. 2 BAföG (Einkommens- und Altersgrenzen etc. beachten). Mit Duldung Anspruch nach 15 Mtn Aufenthalt.

Einstufung ausl. Hochschulzugangsberechtigung: Vgl Datenbank KMK www.anabin.de, ggf Studienkolleg für fachgeb. HZB. Beglaubigte originale und übersetzte Zeugnisse, ggf. Bewerbung und Prüfung im Serviceverfahren über www.uni-assist.de.

Bewerbung + Einstufung Zeugnisse: Von vielen Hochschulen delegiert an www.uni-assist.de

Fehlende Zeugnisse: Einzelfallentscheidung Hochschule, ggf Zulassung auf Probe, Studienkolleg oder Eignungsprüfung, vgl TSP 13.08.15
www.tagesspiegel.de/wissen/fluechtlinge-an-berliner-unis-chancen-fuer-bewerber-ohne-zeugnisse/12185654.html, vgl auch Art. 25 GFK (**kein Verweis auf Behörden des Verfolgerstaates**)

Beratung: Studienberatungsstellen und Zulassungsstellen der Hochschulen

Sprachkenntnisse: DSH-Prüfung, ggf. befristete Immatrikulation

Gasthörerstudium: nach Maßgabe verfügbarer Plätze im Ermessen des Dozenten, keine Prüfungen und keine Abschlüsse möglich

Deutschkurse für Flüchtlinge in Berlin

Integrationskurse BAMF-gefördert nur mit Flüchtlingsanerkennung, 600-900 Stunden, kostenfrei bei Sozialleistungsbezug (§ 43 ff AufenthG, IntKursVO)

Integrationskurse BAMF-gefördert, 600-900 Stunden, für Asylsuchende nur nach Maßgabe verfügbarer freier Plätze und positiver Bleibeproggnose (= Eritrea, Syrien, Iran, Irak, Somalia). Kostenfrei bei Sozialleistungsbezug.

„**Einstiegskurse**“ **Arbeitsagentur-gefördert**, 300 Stunden, für Asylsuchende mit positiver Bleibeproggnose (= Eritrea, Syrien, Iran, Irak, Somalia). Kostenfrei bei Sozialleistungsbezug. Befristete Förderung, Beginn bis Ende 2015

Kurse von Initiativen, Beratungsstellen, Ehrenamtlichen für Flüchtlinge ohne Integrationskursberechtigung : www.netzwerk-deutschkurse-fuer-alle.de/

VHS-Kurse für Asylsuchende ohne Integrationskursberechtigung, gefördert von SenIAF (Liste veraltet)
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Uebersicht_Deutschkurse_VHS.pdf

Überblick Deutschkurse, Qualifizierung, berufliche Anerkennung

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

- 45.000 UMF in D, davon 30.000 in 2015 neu eingereist.
- **Handlungsfähigkeit** im AuslR und AsylR seit 24.10.2015 erst **ab 18 Jahren** (zuvor ab 16 Jahren). **Asyl- und ausländerrechtliche Antragstellung** für **Minderjährige** (Asylantrag, Duldungsantrag, Arbeitserlaubnis-antrag usw.), Beauftragung **Rechtsanwalt** für Asyl/Aufenthaltsrechtl. Verfahren nur durch Vormund, § 80 AufenthG, § 12 AsylG.
- **Asylantrag** während Inobhutnahme ggf. durch **Jugendamt**, § 42 Abs. 2 Satz 5 AsylG (nur wenn sinnvoll/erfolgversprechend, Kind/Jugendlicher ist zu beteiligen)
- Antrag auf Sozialleistungen bereits ab 15 Jahren, § 36 SGB I.
- Wenn ausl. Kind/Jugendl. unbegleitet nach Deutschland kommt und keine Personensorge- oder Erziehungsberechtigten im Inland: **Pflicht des Jugendamtes zur Inobhutnahme**, zur **Klärung der Situation**, zur unverzüglichen **Bestellung eines Vormunds** und zur unverzüglichen Einleitung **Hilfeplanverfahren** durch > idR (bei Betreuungsbedarf) stationäre Jugendhilfe, zB betreutes Jugendwohnen, **§ 42 Abs. 1 bis 3 SGB VIII**.
- **Vorläufige Inobhutnahme** § 42 a bis 42 f SGB VIII (Jugendamt nimmt gesetzliche Vertretung des Kindes wahr, Kind ist zu beteiligen) und **Altersfeststellung** § 42 f SGB VIII **innen 14 Tagen**, danach **bundesweite Verteilung** + reguläre Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

- **Lebensunterhalt** bei stationärer Jugendhilfe = Annexleistung nach § 39 SGB VIII. Leistungen einschl. **angemessenem Barbetrag** zur persönlichen Verfügung des Kindes, Höhe nach Landesrecht. Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse insbesondere bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen.
- **Krankenbehandlung** bei stationärer Jugendhilfe = Annexleistung nach § 40 SGB VIII: **unbeschränkter Behandlungsumfang**, keine Zuzahlungen und Eigenanteile, bei voraussichtlich mehr als einem Monat SGB VIII-Leistungen **GKV-Karte von KV nach Wahl**, § 264 Abs. 2 SGB V.
- **Leistungen** nach SGB VIII sind vorrangig zu AsylbLG (§ 9 AsylbLG).
- Info: **Bundesfachverband** unbegleitete minderjährige Flüchtlinge BumF www.b-umf.de

Antragstellung und Rechtsdurchsetzung

- **Schriftl. Antrag** stellen, Zustellung an Behörde sicherstellen, Kopie aufbewahren
- Eigener Antrag und **Antragsformulare** der Behörde, Fragen der Sozialbehörde, Bescheid der Sozialbehörde
- **Widerspruch, Eilantrag, Klage, Kosten**
- Bevollmächtigte und **Beistände** > extra Folie!
- **Akteneinsicht** nehmen und Kopien aus der Akte fertigen lassen
- **Bei Zuständigkeitsproblemen:** Weiterleitung und Antragsfiktion § 16 SGB I, Rückwirkung Antrag § 28 SGB X, bei Zuständigkeitsstreit vorläufige Leistungen § 43 SGB X durch zuerst in Anspruch genommene Behörde beantragen
- **Ämterhierarchie** involvieren: Gruppenleiter, Amtsleiter, Senator usw.
- **Eingabe machen** an "Integrationsbeauftragte" und politisch Verantwortliche
- **politische Gremien** involvieren: Parlamentsabgeordnete, Petitionsausschuss
- **Öffentlichkeit:** Presse informieren, ggf Verbände, Flüchtlingsrat usw. einbinden

Handbuch Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge: download Kap. "Antragstellung und Rechtsdurchsetzung" www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Antragstellung.pdf

Flüchtlingsrats-Info: Versorgung per **Eilantrag beim Sozialgericht** durchsetzen www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen2.php?post_id=727

Bevollmächtigte und Beistände

§ 14 VwVfG, wortgleich § 13 SGB X

(4) Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.

(5) Bevollmächtigte und Beistände sind zurückzuweisen, wenn sie entgegen § 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes Rechtsdienstleistungen erbringen.

(6) Bevollmächtigte und Beistände können vom Vortrag zurückgewiesen werden, wenn sie hierzu ungeeignet sind; vom mündlichen Vortrag können sie nur zurückgewiesen werden, wenn sie zum sachgemäßen Vortrag nicht fähig sind.

Internet, Literatur

- Infos zum Asyl- und Sozialrecht:
www.fluechtlingsrat-berlin.de/gesetzgebung.php
- Infoblätter Asylverfahren; Rechtsprechungsdatenbank: www.asyl.net
- Lageberichte Herkunftsländer weltweit www.ecoi.net
- Frings/Domke, **Asylarbeit**, Rechtsratgeber, www.fhverlag.de, 25,- €
- Leitfaden ALG II / Sozialhilfe von A – Z, www.tacheles-sozialhilfe.de, 13 €
- Leitfaden für Arbeitslose, FH-Verlag Frankfurt/M, www.fhverlag.de, 18 €
- GGUA Leitfäden Asylrecht, AsylbLG: www.einwanderer.net > Arbeitshilfen
- Hofmann, Ausländerrecht - AufenthG, FreizügG/EU, AsylG, StAG, Nomos 2016, 165 €
- Zeitschrift „Asylmagazin“, www.asyl.net
- Deutsches Ausländerrecht, Beck-dtv 5537, 14 €
- Gesetze für die Soziale Arbeit, Nomos-Verlag, 22 €